

5. Juli 2006

PRESSEERKLÄRUNG

Slowakische Republik

Rose protestiert gegen Rechtsbündnis mit rassistischer Partei

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, protestierte heute in einem Schreiben an den neuen slowakischen Ministerpräsidenten und Chef der Linkspartei Smer, Robert Fico, wegen dessen Koalition mit der extremistischen Slowakischen Nationalen Partei (SNS). Gleichzeitig bat Rose den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im Europa-Parlament, Martin Schulz, um konkrete Sanktionen gegen die von Fico geleitete Linkspartei Smer, die im Jahre 2005 in den Verband der europäischen Sozialdemokraten und in die Sozialistische Internationale aufgenommen worden war.

Ficos Koalitionspartner, der Führer der nationalistischen SNS, Jan Slota, hetzte in der Vergangenheit nicht nur gegen die nationale Minderheit der Ungarn, sondern auch gegen die ohnehin von Rassismus und extremer Benachteiligung betroffene zweitgrößte nationale Minderheit der 400 000 slowakischen Roma. Laut Presseberichten forderte SNS-Führer Slota dazu auf, "Zigeunerinnen mit dem Gummiknüppel zu verprügeln", die Roma-Minderheit in "separate Dörfer" zu verfrachten und ihnen ihre Kinder wegzunehmen, um sie in Internate zu bringen, statt öffentliche Schulen besuchen zu können.

Rose forderte Robert Fico auf, als Ministerpräsident des neuen Mitgliedslandes der Europäischen Union endlich eine andere Politik für die Roma-Minderheit durchzusetzen und dafür auch tatsächlich die von der EU-Kommission in Brüssel zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel anzuwenden. Ein großer Teil der slowakischen Roma-Minderheit lebe unter katastrophalen Bedingungen, gesellschaftlicher Ausgrenzung und in ständiger Gefahr vor rassistischen Angriffen, schrieb Rose an Fico. Die Europäische Union und die Weltbank müssten endlich wirksame Infrastrukturprogramme mit der Slowakischen Regierung einrichten, schrieb Rose zudem an Martin Schulz. Erfreulich sei wenigstens, heißt es in Roses Schreiben, dass der rassistische Nationalist Slota und auch der Chef des dritten Koalitionspartners der neuen Regierung, Vladimir Meciar, laut heutiger Auskunft des Berliner Büros der Tschechischen Presseagentur keine Ministerposten "wegen ihres schlechten Ansehens innerhalb der Europäischen Union" erhielten. Meciar hatte sich als Ministerpräsident bis 1998 ebenfalls rassistisch gegen die Roma-Minderheit geäußert.